

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	88
		TOP:	6
	Verhandlung	Drucksache:	667/2017
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	18.09.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Frau Dr. Heynen (JugA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Geschäftsbericht Jugendamt 2016		

Vorgang: Jugendhilfeausschuss vom 24.07.2017, öffentlich, Nr. 71

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 05.07.2017, GRDRs 667/2017.

Mit dem Geschäftsbericht des Jugendamts werde wie jedes Jahr ein detaillierter Blick auf die wesentlichen Themen, Aufgaben und Projekte des vergangenen Jahres gegeben, unterrichtet BMin Fezer. Sie bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Jugendamts und bei Frau Dr. Heynen für die geleistete Arbeit.

Frau Dr. Heynen geht auf die letzten Monate ein und berichtet aus der Perspektive ihrer Tätigkeit als neue Jugendamtsleiterin. Das erste halbe Jahr des Geschäftsberichts betreffe noch Herrn Pfeifle. In Stuttgart, wie zuletzt auch im Land insgesamt, sei die Anzahl der Kinder auf 34.024 Kinder gestiegen. Das seien 2,3 % mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs ergebe sich ausschließlich durch die Zunahme an Geburten, die nochmals um 467 zulegten, sodass die Zahl der Geburten auf 6.773 gestiegen sei. Dieser Anstieg bedeute mehr Willkommensbesuche, mehr Orientierungsberatung und mehr Informationsbedarf. Frau Dr. Heynen nennt einige Kennzahlen, um den Anstieg der Aufgaben für das Jugendamt und die freien Träger zu verdeutlichen. Sie erläutert eingehend die weiteren Aufgabenschwerpunkte wie die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen und

die Kindertagesbetreuung beim städtischen Träger und den freien Trägern sowie die weiteren Aufgaben der Jugendhilfe analog dem Geschäftsbericht. Anschließend bedankt sie sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamts, den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und bei Frau Philipp-Soppa (JugA) und würdigt ihre Arbeit.

StRin Ripsam (CDU), StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE), StRin Gröger (SPD), StR Klingler (AfD), StRin von Stein (FW) und StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS) äußern ihren Dank und erwähnen die Wichtigkeit des Geschäftsberichts. Zum Pflegekinderdienst (s. Seite 51 des Geschäftsberichts) erkundigt sich StRin Ripsam, ob eine Ausweitung der Personalausstattung stattgefunden hätte, nachdem die Anzahl der Pflegefälle sehr angestiegen sei. Hierzu informiert Frau Dr. Heynen, das Personal habe trotz der gestiegenen Zahl an Pflegefällen nicht zugenommen.

Zu den Wohnanlagen für Alleinerziehende (s. Seite 49) fragt StRin Ripsam nach der aufgezeigten Verringerung der Verweildauer bzw. ob im Umkehrschluss davon ausgegangen werden könnte, dass Alleinerziehende Wohnraum gefunden hätten. Diese Frage stellt auch StRin Nuber-Schöllhammer. Von StRin Gröger wird ein Konzept wie in Nürnberg angeregt, wobei mehrere Alleinerziehende mit ihren Kindern in einem Wohnblock wohnten und in einem benachbarten Wohnblock Senioren untergebracht seien. Hierbei würden sich wechselseitige Synergien einstellen. Sie fordert die Verwaltung hinsichtlich des bevorstehenden demografischen Wandels auf, über ähnliche Modelle in Stuttgart nachzudenken.

Herr Wohlfahrt stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Wohnanlage für Alleinerziehende für diese Zielgruppe ausreichend sei. Der Wohnungsmarkt habe sich für Alleinerziehende nicht entspannt, referiert Frau Dr. Heynen, mit 98,01 % sei die Auslastung an ihre Grenze gelangt. Der stationären Versorgung von Eltern mit Kleinkindern, als Schnittstelle zu den frühen Hilfen, werde sich angenommen, verspricht Frau Dr. Heynen. Wenn mehr Wohnraum zur Verfügung stünde, könnten einige Mütter mit ihren Kindern alleine leben.

StRin Ripsam fragt nach dem Anstieg der Zahl der Gespräche zur Schwangerschaftskonfliktberatung und nach der Relevanz in den kommenden Haushaltsplanberatungen. Frau Dr. Heynen teilt mit, dass der zuständige Mitarbeiter die Stadtverwaltung verlassen habe. Sie könne sich momentan nicht zur grundsätzlichen Ansicht des Jugendamts äußern.

Zu den UMA (unbegleitete minderjährige Ausländer) auf Seite 26 möchte StRin Ripsam wissen, was unter der Kennzahl "Verbleib UMA in Stuttgart" mit "entwichen" gemeint sei. Hinter dem Verschwinden in andere Stadt- und Landkreise, so Frau Dr. Heynen, verberge sich zum Teil "entweichen" und "nicht wieder auftauchen" der UMA. Diese würden von anderen Jugendämtern in Obhut genommen und kämen nicht wieder nach Stuttgart. Manche UMA würden sich auf der Suche nach ihren Verwandten nach Skandinavien absetzen.

StRin Nuber-Schöllhammer lobt die Arbeit des Jugendamts unter Zunahme der Arbeitsbelastung. Die Komplexität der Fälle würde insgesamt steigen, stellt sie fest. Der Anteil an früher Förderung, den das Jugendamt geleistet habe, gefällt ihr gut. Bei den Willkommensbesuchen sei ihr aufgefallen, dass es eine bestimmte Anzahl gebe, die keinen Besuch möchte. Dies bestätigt Frau Dr. Heynen mit dem Hinweis, es handle sich in die-

sen Fällen um das zweite oder dritte Kind, weshalb ein Besuch nicht gewünscht werde. Wie bereits ihre Vorrednerin interessiert StRin Nuber-Schöllhammer die Schwangerenberatung. Hierzu äußert Frau Dr. Heynen, die Anzahl der Minderjährigen sei deutlich zurückgegangen. Weiter erkundigt sich StRin Nuber-Schöllhammer nach dem Anstieg der Fallzahlen bei den Vormundschaften und den Vormündern und möchte wissen, ob die UMA über das 18. Lebensjahr hinaus von einem Vormund betreut werden könnten. Dies wird von Frau Dr. Heynen verneint - die Volljährigen erhielten allerdings Hilfen zur Erziehung.

Zu den Integrationsfachkräften in den Kitas stellt StRin Nuber-Schöllhammer eine Frage nach der Qualität und nach dem Rückgang des Angebots. Es liege u. a. an der Bezahlung, erklärt Frau Dr. Heynen. Insgesamt werde der Bereich Inklusion in Kindertagesstätten überprüft - auch in Absprache mit dem Sozialamt und der Eingliederungshilfe. Darüber hinaus interessieren die Stadträtin der Bedarf an Pflegefamilien und die professionelle Begleitung durch das Jugendamt. Der Bereich der Pflegefamilien und der Bereitschaftspflege müsste weiter ausgebaut werden, bestätigt Frau Dr. Heynen. Die Personalressourcen beeinflussten auch die Herstellung des Elternbegleitbuchs. Bei der Notaufnahme in der Kernerstraße sieht StRin Nuber-Schöllhammer es als unglücklich an, wenn die Bandbreite der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen sich zwischen Kleinkindern und jungen Erwachsenen verhalte. Frau Dr. Heynen teilt mit, die Räumlichkeiten zwischen Kindern und jungen Erwachsenen seien getrennt. Allerdings empfinde sie diese Situation auch nicht als optimal. Die Ressourcen im Pflegekinderdienst sollten mit dem Ziel des Ausbaus der Bereitschaftspflege erhöht werden.

StRin Nuber-Schöllhammer fragt nach dem Arbeitsanfall im Jugendamt durch die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes. Die Zahlen seien auf ca. 2.000 Vorgänge angestiegen, erklärt Frau Dr. Heynen. In der nächsten JHA-Sitzung werde es eine Vorlage zu diesem Thema geben.

Den bisher geäußerten Fragestellungen schließt sich StRin Gröger an und stellt darüber hinaus die Frage nach den auf Seite 77 genannten "Anfragen nach Stadtteilen". Zu der Auswertung der Stadtteile stellt Frau Dr. Heynen fest, 85 % der Anfragen stehen im Zusammenhang mit der Betreuung in Kindertageseinrichtungen.

Die Jugendarbeit stellt für StR Klingler einen Standortfaktor für die Stadt Stuttgart dar. Hierbei hebt er die Arbeit des Jugendamts hervor, das einen maßgeblichen Anteil an der positiven Situation hätte. Herr Gerstlauer schließt sich dieser Aussage an und lobt die hohe Qualität des Berichts und der Gemeinderatsdrucksachen. Die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe seien stetig gewachsen, und auffallende Trends müssten beraten werden, meint Herr Gerstlauer. Die Jugendpolitik sollte wieder mehr in den Fokus rücken, nachdem die letzten Jahre der Fokus vorherrschend auf die "Kinderpolitik" gerichtet gewesen sei. Speziell der Übergang Schule - Beruf und die Schnittstelle zur Psychiatrie müssten betrachtet werden. Die wachsende psychische Belastung schlage sich in den Familien, vor allem bei den Kindern, nieder. Die jungen Wohnsitzlosen und die Schnittstelle zum Wohnungsmarkt sollten ebenfalls beraten werden. Der Mangel an Fachkräften verhindere eine Ausweitung der Kinder- und Jugendhilfe, stellt Herr Gerstlauer fest. Er plädiert für gemeinsame Anstrengungen der freien Träger und des Jugendamts. Er bemängelt, dass die freien Träger im Sinne des Geschäftsberichts nur als "Summe in Euro" auftauchten und nicht in den Leistungen oder in Positionen, wo es um Inhalte und Qualität gehe, genannt werden. Herr Gerstlauer äußert, er würde einen Leistungsbericht der freien Träger begrüßen. In diesem Zusammenhang zollt er der Ju-

gendamtsleiterin seine Anerkennung. Frau Dr. Heynen kann das Bedauern nachvollziehen und bestätigt die von Herrn Gerstlauer genannten Schnittstellen. StRin Ripsam spricht sich für eine Vielzahl an Berichten aus und lehnt eine gemeinsame Betrachtung - in einer Ausgabe - ab.

Abschließend spricht Herr Gerstlauer die zunehmende Internationalisierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Klientel an. Hierdurch stiegen die Anforderungen an die freien Träger im Hinblick auf Leistungen, die von Dolmetschern erbracht werden müssten. Diese Beobachtung bestätigen Frau Dr. Heynen und die Vorsitzende, die zugesagt, dieses Thema im nächsten Jahr aufzugreifen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
Rechnungsprüfungsamt
OB-KB
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN